

Nr. 35

Sozialpolitik trotz Finanzkrise
Wie sozial dürfen Kommunen noch sein?

Dr. Winfried Kösters

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241-246-2440
Fax: 02241-246-2694
E-Mail: kommunalpolitik@kas.de
www.politik-fuer-kommunen.de

© 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin
ISBN 3-937731-90-3
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung
Printed in Germany

Vorwort

Sozialpolitische Auswirkungen stehen bei der kritischen Analyse von Reformprojekten immer häufiger im Zentrum des Interesses. Politisch Verantwortliche wollen kompetente, zukunftsfähige Lösungsstrategien präsentieren, den Eindruck „sozialer Kälte“ jedoch unter allen Umständen vermeiden.

Dabei mahnen die überbordenden Kosten um Hartz IV, der Armutsbericht der Bundesregierung, aber auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen junger Menschen ohne Perspektiven in den Vororten französischer Städte in den ersten Novembertagen 2005 alle politisch Verantwortlichen, Perspektiven vermittelnde Antworten für die gesellschaftlich am Rande stehenden Menschen zu finden. Rhetorisch fand die Bundesregierung der letzten Jahre immer Worte, um dieses Phänomen zu beschreiben. Doch klaffen Lücken zu den tatsächlich folgenden Handlungen. Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland, zwischen dem Zugang zu umfassender, differenzierter und minimaler Bildung, zwischen gesund und krank ist größer geworden. Diese Folgen sind vor Ort spürbar. Sie gilt es kommunalpolitisch zu meistern, ohne bundes- und landespolitische Handlungsnotwendigkeiten aus dem Blick zu verlieren.

Dieser Beitrag will die sozialpolitische kommunale Agenda aufzeigen und Mut machen, sie konzeptionell anzugehen. Dem Autor Dr. Winfried Kösters, Politikwissenschaftler, freiberuflicher Journalist und Publizist, der als Stadtrats- und Kreistagsmitglied „die Arbeit vor Ort“ aus erster Hand kennt, gebührt für diese Ausarbeitung besonderer Dank.

Dr. Mechthild Scholl, HA Politische Bildung

Dr. Henning Walcha, HA Politik und Beratung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Juni 2006

Inhalt

1. Wo bleibt die soziale Kompetenz in der Politik?	7
2. Spannungsfelder in der kommunalen Sozialpolitik	9
3. Kommunale Sozialpolitik - Handlungsfelder	11
3.1 <i>Demographischen Wandel wahrnehmen und angehen</i>	12
3.2 <i>Arbeit schaffen, sichern, erhalten</i>	13
3.3 <i>Gesundheit als Ressource begreifen</i>	14
3.4 <i>Generationen übergreifendes Familienleben betonen</i>	15
3.5 <i>Migranten integrieren</i>	15
3.6 <i>Armut nachhaltig bekämpfen</i>	16
3.7 <i>Freiwilliges Engagement stärken, fordern und fördern</i>	17
4. Qualität der Demokratie misst sich an der Sozialpolitik	19

1. Wo bleibt die soziale Kompetenz in der Politik?

Als Anfang November 2005 die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie veröffentlicht wurden, erfuhren wir, dass trotz jahrzehntelanger sozialpolitischer Rhetorik wenig erreicht worden ist. Denn noch immer sind im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland Menschen benachteiligt, die aus sozial schwächeren und so genannten bildungsfernen Gesellschaftsschichten stammen. Nicht nur die Kinder der 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die in unserem Lande leben, sind verstärkt davon betroffen, nein, auch die Kinder deutscher Familien, die selbst keinen hohen Bildungsstand haben, bleiben chancenlos.

Sozial schwächere Menschen sind nach wie vor benachteiligt und chancenlos.

Dabei ist und bleibt Bildung ein zentraler Schlüssel für die persönliche wie berufliche Entwicklung eines Menschen. Dies kann auch die Statistik der Arbeit suchenden Menschen bestätigen. Danach sind un- oder angelernte Arbeitskräfte deutlich häufiger und länger arbeitslos als Menschen, die auf entsprechende Bildungsabschlüsse verweisen können. Drastisch bringt es Arnold Biciste, Direktor des Kreis Caritasverbandes für den Rhein-Erft-Kreis, auf den Punkt: „Ein großer Teil der Hartz-IV-Empfänger sind für den ersten Arbeitsmarkt nicht geeignet.“ Neben der fachlichen Qualifikation fehlen mitunter auch soziale Kompetenzen. Mit anderen Worten: Die Arbeitslosigkeit bleibt ein Dauerzustand, wenn an der Qualifizierung sowie der individuellen Betreuung der arbeitslosen Menschen nicht deutlich mehr getan wird. Das sieht unser System aber wohl nicht vor, denn sonst hätten wir nicht seit Jahrzehnten derart hohe Arbeitslosenzahlen, die eine teure Arbeitslosenbehörde bloß noch verwaltet.

Ohne massive Bildungsinvestitionen bleibt Arbeitslosigkeit Dauerzustand auf hohem Niveau.

Bis Ende 2004 lasen wir zudem regelmäßig, wie viele Kinder und Jugendliche Sozialhilfe (= Hilfe zum Lebensunterhalt) beziehen. Das wird nicht mehr möglich sein, denn diese Kinder sind in der Regel Hartz-IV-Leistungsempfänger geworden. Sie zählen zu den „Bedarfgemeinschaften“, die nun gebildet werden, wenn ein Hartz-IV-Leistungsempfänger minderjährige Kinder hat. Gleichwohl hält der Armutsbericht der Bundesregierung fest, dass es immer mehr Kinder und Jugendliche gibt, die in ihren Familien (meist einem allein erziehenden Elternteil) unterhalb der offiziell definierten Armutsgrenze leben. Armut und Gesundheit stehen in negativer Beziehung zueinander, so dass weitere kostenträchtige Belastungen der Sozialversicherungssysteme vorprogrammiert sind. Allein die zunehmend kritischere gesundheitliche Verfassung unserer Kinder- und Jugendgeneration – gemessen zum Beispiel an Eingangsschuluntersuchungen – zeigt herausfordernde Entwicklungen auf.

Immer mehr Kinder sind finanziell arm und gesundheitlich beeinträchtigt.

Fehlende Perspektive und Politikversagen führen zu Resignation und Rückzug.

Arbeitslose Menschen sind in vielfacher Weise eben auch mit mangelnder Bildung, defizitärer Gesundheit und familiären Lebenswirklichkeiten (Trennung/Scheidung, Sucht, Gewalt) konfrontiert, die die Probleme gegenseitig verstärken. Die Chancen, das eigene Leben sowie das der Familie positiv zu gestalten, tendieren gegen Null, professionelle Hilfen werden entweder nicht angeboten oder aus finanziellen Gründen abgebaut oder nicht angenommen. Nicht selten ist damit ein Rückzug aus der Mitte der Gesellschaft an deren Rand verbunden. Diese Menschen erleben Politik als versagend, da keine Lösungen und Perspektiven für ihre Lebenswelten aufgezeigt werden. Sie wenden sich ab, erwarten keine nachhaltige, die eigene Lebenswirklichkeit verbessernde Hilfe für sich mehr und richten sich mit den staatlichen Wohlfahrtszahlungen ein.

Stellenwert, Inhalte und Instrumente einer modernen Sozialpolitik neu austarieren

Doch dies kann der Staat finanziell nicht mehr schultern. Das wird die Lebensbedingungen vieler Menschen erneut verschärfen. Die bisherigen sozialpolitischen Konzepte und Instrumente leisten nicht mehr das, was wir von Ihnen erwarten dürfen: Problemlösung. Daher ist es Zeit, Sozialpolitik neu zu formulieren – trotz der Finanzkrise. Das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft muss neu gestaltet werden. Gerade der demographische Wandel, weniger Kinder, mehr ältere Menschen und viele Kulturen könnte eine Chance für eine Sozialpolitik für morgen bieten. Doch wer verfügt in der Politik über jene soziale Kompetenz, um dieser Herausforderung gerecht zu werden? Auf kommunaler Ebene müssen die Ressourcen, damit die Kompetenzen, gebündelt werden, um diese Herausforderungen zu meistern. Ein Scheitern wird teuer zu stehen kommen. Die aktuellen Spannungsfelder, besonders in bestimmten Stadtvierteln, mahnen schon heute zum Handeln.

Tipp:

Bilden Sie vor Ort – als Partei oder/und Fraktion – einen Arbeitskreis „Soziales“, der die Aufgabe hat, auf der Grundlage der kommunalen Daten und Fakten Schwerpunkte zu formulieren, die gemeinsam lösungsorientiert angegangen werden. Kein politischer Aktionismus, sondern ein gemeinsames Handeln mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern unserer Gesellschaft (Verbände, Vereine, Institutionen) ist der Weg. Formulieren Sie Ziele für Ihre Schwerpunkte, die innerhalb eines definierten Zeitraumes erreicht werden sollen.

2. Spannungsfelder in der kommunalen Sozialpolitik

Kennen Sie als Kommunalpolitiker auch das Ohnmachts-Gefühl, wenn Sie einen Bundes- oder Landespolitiker hören, dessen Reden so rein gar nichts mit der Lebenswirklichkeit in Ihrem kommunalen Wahlkreis zu tun hat? Möchten auch Sie so manches Mal einen solchen Abgeordneten oder Ministerialbeamten für einen Monat als Sozialarbeiter in einem kommunalpolitischen Brennpunkt beschäftigen? Packt auch Sie die kalte Wut, wenn Sie in Ihrer Freizeit mit den Auswirkungen bundesrechtlicher Normierung kämpfen müssen, den Kopf erhalten, obwohl Sie keinen Einfluss auf die Regelung hatten? Dann sind wir gemeinsam angekommen in der sozialpolitischen Wirklichkeit, dem akuten Spannungsfeld der Kommunalpolitik. Nachfolgende Beispiele stehen stellvertretend für diese Realität:

Ohnmacht angesichts der Politikverflechtung – Ahnungslosigkeit über die gesellschaftlichen Realitäten

Ein 62-jähriger Mann ruft Sie an und erklärt, dass er und seine 60-jährige Frau nach 20 Jahren aus einer Wohnung ausziehen müssten, die zu groß für sie sei. Beide sind Hartz-IV-Empfänger und die Regelungen sehen vor, dass ihnen nur rund 60 qm Wohnraum zuständen. Soweit, so gut. Dass die beiden ein Leben lang gearbeitet und in die Sozialsysteme eingezahlt haben und nun am Ende ihrer Arbeitszeit arbeitslos und zu Hilfeempfängern wurden, ist die eine Seite der Medaille. Dass ihnen aber genauso viel zusteht wie einem 25-jährigen, der noch nie gearbeitet hat, schürt Verbitterung. Nun treffen sie in dieser Stimmung auf eine Behörde, die das Schicksal von zwei älteren Menschen gar nicht mehr zu werten weiß, sondern „nur“ die nackten finanziellen Fakten in den Mittelpunkt rückt. Die komplizierten bürokratischen Anforderungen, die wenig transparente Struktur der neuen (mit sich selbst beschäftigten) ARGE überfordert beide. Sie wenden sich an den (ehrenamtlichen) Kommunalpolitiker, der „bitte“ Abhilfe schaffen soll.

Beispiel eines kommunalen sozialpolitischen Spannungsfeldes

Fazit: Immer mehr Menschen kommen mit den Behörden und den komplizierter gewordenen Regeln nicht mehr klar. Sie empfinden Teile der Regelung auf der Basis ihrer Lebensleistung als nicht gerecht. Sie resignieren, fühlen sich nicht mehr als ernst genommenes Mitglied der Gesellschaft, sehen sich an den Rand gedrängt.

Menschen werden an den Rand gedrängt.

Eine 45-jährige Frau ruft an, weil sie in Not ist. Ihr alkoholkranker ehemaliger Lebenspartner belästigt sie und ihren 16-jährigen Sohn aus erster Ehe weiter, obwohl er gerichtlich zu einer Bannmeile verpflichtet wurde. Die Polizei zuckt mit den Schultern, solange es nicht zu handgreiflichen Situationen kommt.

Weiteres Beispiel für ein kommunales sozialpolitisches Spannungsfeld

Nun ist der Mann aber offiziell Empfänger der laufenden Zahlungen (Hartz IV). Ein Brief an die Arbeitsverwaltung, dies zu ändern, findet keine Berücksichtigung. Telefonische Versuche und persönliche Besuche, auf Änderung hin zu wirken, brachten keinen Erfolg. Das Geld floss auf das Konto des ehemaligen Partners und der leitete es nicht an die ehemalige Partnerin und deren Sohn weiter. Dieses Geld fehlt. Wer soll helfen? Richtig: der (ehrenamtliche) Kommunalpolitiker. Auf die

Frage, was man noch zu essen habe, sagte der 16-Jährige, der gerade im zweiten Anlauf seinen Hauptschulabschluss zu erreichen versucht: „Für zwei Tage haben wir noch Tütensuppen und Toastbrot.“

Lebensverhältnisse werden komplexer und komplizierter

Fazit: Komplizierte familiäre Lebenssituationen mischen sich mit Arbeitslosigkeit und Armut. Eine nachhaltige Perspektive auf Besserung bietet sich nicht an, man „wurstelt“ sich so durch Alltag und Leben. Das Bildungsniveau ist gering. Behörden helfen nicht, sondern verwalten. Lebensnöte werden nicht erkannt. Dabei gäbe es Beratungsstellen – Erziehungsberatung, Frauenberatung, Suchtberatung – doch Vermittlungen dahin erfolgen nicht. Man fühlt sich am Rande einer Gesellschaft stehend, verlassen, ohne wirkliche Chancen der Teilhabe.

Ziel moderner Sozialpolitik: Menschen eine Perspektive für ihr Leben in dieser Gesellschaft aufzuzeigen

Es könnten weitere Beispiele aus dem kommunalpolitischen Alltag erzählt werden, an denen die heute praktizierte Sozialpolitik an Grenzen stößt. Sie versagt darin, Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, eine Perspektive aufzuzeigen. Diese Beispiele verdeutlichen zum einen komplexe Lebenssituationen, zum anderen die Überforderungen auf behördlicher wie auf betroffener Seite sowie das Fehlen geeigneter Strukturen, die der individuellen Situation vieler Menschen gerechter wird. Hinzu kommt das strukturpolitische Dilemma, dass die Beseitigung der Auswirkungen auf kommunaler Seite versucht wird, während die Regeln formulierenden Ursachen auf einer anderen politischen Ebene vorgenommen werden. Die Verflechtung der politischen Strukturen – Bund, Länder, Kommunen – dient zunehmend nicht mehr dem Ziel, Probleme zu beseitigen bzw. sie zu vermeiden. Das muss sich ändern.

Tipp:

Nehmen Sie Ihre Mandatsträger in Partei und Fraktion mit auf den Weg. Führen Sie eine moderierte Veranstaltung durch, die das Ziel hat, „Sozialpolitik für unsere Stadt“ zu formulieren. Was brennt in den einzelnen Wahlkreisen sozialpolitisch auf den Nägeln? Welche Zielgruppen müssen dabei erreicht werden? Auf welche Problembereiche wollen Sie sich konzentrieren? Welche Maßnahmen sollen gemeinsam bis wann angegangen werden?

3. Kommunale Sozialpolitik – Handlungsfelder

Die Realität der kommunalpolitischen Wirklichkeit sieht so aus, dass die Sozialpolitik eher ein Randthema darstellt. Und das, obwohl auch in diesem Politikfeld das mit Abstand meiste Geld (Sozialhilfe) ausgegeben wurde. Auch wenn sich das mit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit in 2005 geändert haben dürfte (Hartz IV), bleiben die sozialpolitischen Herausforderungen auf der Agenda (zum Beispiel Erziehungshilfen für Familien). Die Hoffnung vieler Kämmerer und Bürgermeister, mit der Aufgabe auch die Menschen als zu verwaltende Fälle losgeworden zu sein, trügt. Sie zeigt aber auch, wie wenig es Ziel der politischen Elite einer Stadt war und ist, diesen Menschen am Rande der kommunalen Gesellschaft eine Perspektive zu vermitteln.

Wer kümmert sich vor Ort gern um Soziales?

Dabei haben nicht selten die Polizei, die Erzieher in den Kindertagesstätten, die Lehrer in Grund- und weiterführenden Schulen sowie die Jugendeinrichtungen Signale abgesetzt, die seit Jahren ein Handeln anmahnen. Viele Probleme konnten in der Vergangenheit noch mit Sozialleistungen aller Art übertüncht werden, doch die Finanzkrise offenbart nun den Placeboeffekt dieser Sozialpolitik, die sich in finanziellen Leistungen erschöpfte. Wer künftig nachhaltig sozialpolitische Akzente setzen möchte, der muss diesem Politikfeld einen neuen Stellenwert in der kommunalpolitischen Nomenklatur vermitteln. Sozialpolitik für morgen heißt, jene Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gesellschaft nachhaltig zusammenhält. Erst wenn das geklärt ist, macht es Sinn, die nachstehenden Politikfelder konzeptionell zu verbinden und mit kommunalpolitischen Inhalten zu füllen. Folgende Handlungsfelder gehören vorrangig dazu:

Hinweise, dass etwas aus dem Ruder läuft, gibt es seit Jahren!

- Demographischen Wandel wahrnehmen und angehen,
- Arbeit schaffen, sichern, erhalten,
- Gesundheit als Ressource begreifen,
- Generationen übergreifendes Familienleben betonen,
- Migranten integrieren,
- Armut mit Perspektiven bekämpfen sowie
- Freiwilliges Engagement stärken, fordern und fördern.

Sieben wichtige Handlungsfelder

Tipp:

Alle oben genannten Themenbereiche können nicht gleichzeitig aufgegriffen und einer Lösung zugeführt werden. Zumeist verzahnen sie sich. Wichtig ist es, zu kommunalen Prioritäten zu kommen, sich Schwerpunkte auszuwählen. Wenn Sie dies getan haben, so sollten Sie systematisch die Auswirkungen Ihres Handelns auf die oben genannten Themenfelder, als auch die Folgen dieser Aspekte auf Ihren politischen Schwerpunkt bedenken und formulieren. So entsteht ein in sich geschlossenes nachhaltiges Handlungskonzept.

3.1 Demographischen Wandel wahrnehmen und angehen

*Nachhaltige
Veränderun-
gen unserer
Gesellschaft
irreversibel*

Keine Entwicklung wird nachhaltiger die Gesellschaft verändern als die der Demographie. Die deutsche Gesellschaft wird älter, das heißt wir werden länger leben, also älter werden und die Relation zwischen jung und alt wird zugunsten der älteren Menschen deutlich zunehmen. Damit werden die Infrastruktureinrichtungen mehr denn je auf ihre Tauglichkeit für Menschen über 60 Jahre hin überprüft werden müssen. Anders als die Kinder haben diese Menschen auch das Wahlrecht, so dass sie ihren Forderungen politischen Nachdruck verleihen können.

*Gesund-
heits- und
Pflegeein-
richtungen
werden an
Bedeutung
gewinnen.*

Der wachsende Anteil der Menschen, die 80, 90 oder gar 100 Jahre alt werden, wird nicht nur im Freizeitbereich Auswirkungen haben. Der Gesundheits- und Pflegeaspekt wird völlig neu zu betrachten und weiter zu entwickeln sein. Damit einher werden finanzielle Aspekte gehen, denn die Versorgung im Alter muss man sich leisten können. Wer hat dafür in welcher Weise Vorsorge betrieben und wer wird dafür Vorsorge betreiben? Die sozialen Sicherungssysteme werden nicht mehr tragfähig sein, so dass Armut im Alter, heute kein relevantes Thema mehr, wieder an Bedeutung gewinnen kann. Das wiederum würde insbesondere die kommunalen Haushalte belasten, die im Zweifel für diese Menschen sorgen müssen.

*Schrump-
fungspro-
zesse vor
Ort gestalten*

Die Bevölkerungszahl wird sich aber auch verringern. Es werden deutlich weniger Kinder geboren werden als noch vor 20 oder 40 Jahren. Damit schrumpft die Gesellschaft in Deutschland insgesamt in den nächsten 30 Jahren um bis zu 15 Millionen Menschen. Dieser Prozess wird regional unterschiedlich wahrgenommen werden. Gleichwohl werden die meisten Städte und Gemeinden vor der Herausforderung stehen, diesen Schrumpfungsprozess zu gestalten: es wird weniger Einrichtungen für Kinder (Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen) geben, gleichwohl wird es einen Wettbewerb um diese Altersgruppe geben, um Familien anzuziehen. Dies verschärft auch die Situation um Unternehmen bzw. Arbeitsplätze regional unterschiedlich.

*Elternpolitik
wird an
Facetten-
reichtum und
Bedeutung
gewinnen*

Parallel dazu werden zunehmend jene Menschen Eltern, die sozial schwächer und bildungsferner sind, während akademisch ausgebildete Menschen sich zunehmend für die Kinderlosigkeit entscheiden. Auch letzteres kann nur dann „gedreht“ werden, wenn diesen Eltern Alternativen angeboten werden, die eine Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Zielen annähernd in Aussicht stellt. Die Unternehmen werden hier um qualifiziertes Personal einen Wettbewerb starten und dabei zukünftig Maßnahmen ergreifen, die das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf neu justieren: Es geht darum, dass sich die beruflichen Rahmenbedingungen familienfreundlicher gestalten. Zudem werden wir uns künftig nicht mehr leisten können, auf eine nachhaltige Bildung sozial schwacher Menschen sowie Migrantenkinder zu verzichten.

Eine dritte Entwicklung wird dahin gehen, dass unsere Gesellschaft „bunter“ wird. Es wird deutlich mehr Menschen in Deutschland geben, die zugewandert sind bzw. deren Eltern zugewandert sind. Schon heute sind 14 Millionen Menschen in Deutschland Migranten, davon sind nur noch die Hälfte nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Beträgt der Anteil der muslimisch-Gläubigen in der Gesamtbevölkerung 3,2 Prozent, so liegt dieser Anteil unter allen Eltern in Deutschland bei zehn Prozent. Muslime bekommen dreimal mehr Kinder als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Auch wird der Zuwanderungsdruck auf Europa anhalten. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es 2010 weltweit 50 Millionen Umweltflüchtlinge geben wird. Wie steht es da um die kommunalpolitischen Integrationsinstrumente?

*Kommunale
Antworten
auf die Zu-
wanderung
finden*

Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden also besonders kommunalpolitisch spürbar. Daher gilt es, sich vor allem um dieses Thema zu bemühen, die Situation wahrzunehmen und erste Maßnahmen zu ergreifen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, diese Auswirkungen gestalterisch zu managen.

3.2 Arbeit schaffen, sichern, erhalten

„Sozial ist, was Arbeit schafft.“ – So lautete ein Slogan im Bundestagswahlkampf 2005. Und der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte im Wahlkampf 1998 vollmundig, dass er es nicht verdient hätte, wieder gewählt zu werden, wenn die Arbeitslosenzahlen nicht um die Hälfte reduziert worden seien. Doch die Politik kann mehr oder weniger auch „nur“ noch zuschauen, wenn internationale Unternehmen beschließen, Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland abzubauen. Die Börse jubelt, die Familie darbt. Dabei mangelt es nicht an Arbeit, es mangelt an sozialversicherungspflichtigen Jobs. Und glaubt man einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, so wird sich dies auch nicht nachhaltig ändern. Also müssen wir uns ändern, und neu definieren, was Arbeit künftig ausmacht. Doch kann dies die Kommunalpolitik leisten?

*Was ist
Arbeit? –
Brauchen wir
eine neue
Definition?*

Auch die Menschen wissen längst, dass die Politik direkt keine Arbeitsplätze schaffen kann, auch wenn die Politikerrhetorik dies nicht wahrhaben will und sie es nach wie vor im Repertoire ihrer Wahlversprechen haben. Gleichwohl können Rahmenbedingungen so definiert werden, dass es leichter ist, Arbeitsplätze zu schaffen, sie zu sichern und zu erhalten. Dazu gehört zum Beispiel ein Bürokratieabbau, denn jeder Euro, der für die Bürokratie bezahlt werden muss, steht dem Wertschöpfungsprozess nicht mehr zur Verfügung. Dazu zählen gut gebildete Menschen, die aus Verantwortung tragenden Familien und wertvoll funktionierenden sozialen Netzwerken gern an ihren Arbeitsplatz kommen. Bildungsinfrastruktur, Familienförderung und ein lebendiges freiwilliges Engagement sowie vielfältige Kultur und ein Gesundheit förderndes gesellschaftliches Klima sind Wirtschaft

*Kommunale
Rahmen-
bedingun-
gen, die
Wirtschaft
fördern*

fördernde Rahmenbedingungen, die durch kommunale Politik nachhaltig unterstützt werden könnten.

Hinzu kommt, dass die parteipolitisch aktiven Kommunalpolitiker darauf hinwirken müssen, „ihre“ Bundes- und Landtagsabgeordneten daran zu erinnern, diese in ihrer gesetzgeberisch liegenden Verantwortung liegenden Politikaufgaben nachhaltig zu erledigen. Eine erneute Aufstellung als Kandidat müsste sich verbieten, wenn ein kommunalfreundliches Handeln im Bundestag oder Landtag nicht spürbar war. Diese kommunalpolitische Macht ist noch wenig entdeckt worden.

3.3 Gesundheit als Ressource begreifen

Bewegung und Ernährung – zwei Zukunftsthemen, die in der Wirklichkeit noch nicht angekommen sind

Kein Thema hat in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion so nachhaltig beherrscht wie die Übergewichtigkeit von Kindern und Jugendlichen. Bis zu 20 Prozent – so Schätzungen und Untersuchungen – dieser Altersgruppe sind übergewichtig. Mangelnde Bewegung und einseitige Ernährung verschärfen in Kombination diesen Trend. Die gesundheitlichen und letztlich auch wirtschaftlichen Folgen liegen auf der Hand: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes sowie weitere chronische Erkrankungen. Was heißt das in Zukunft für unsere Sozialsysteme? Schließlich lassen sich zwei weitere Trends anfügen: eine Verschiebung von den akuten zu den chronischen Erkrankungen sowie von den körperlichen zu den psychischen Störungen.

Kommunale Gesundheitspolitik wird zu einem wichtigen Standortfaktor

Den Ursachen nachzugehen heißt vor allem, die Menschen dort mit präventiven Maßnahmen zu erreichen versuchen, wo sie leben: vor Ort. Kein Bundesprogramm wird dies so effektiv schaffen können wie die kommunale Gesundheitspolitik. Doch auch hier ist gespart worden: Gesundheitsuntersuchungen in den Kindertagesstätten sind zum Beispiel in einigen Bundesländern abgeschafft worden. Auch sind Überlegungen angestellt worden, die Schuleingangsuntersuchungen aus Kostengründen einzustellen. Dabei vermitteln diese Daten landauf landab jene Informationen, die einen dringenden Handlungsbedarf anmahnen.

Schwerpunkt kommunaler Gesundheitskonferenzen

Die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen wird sträflich vernachlässigt. Kommunale Politik, die davon spricht, dass die Kinder unsere Zukunft seien, muss hier ansetzen. Wer jetzt handelt, wird in späteren Jahren erheblich geringere Folgekosten haben. Dies muss ein wesentlicher Schwerpunkt aller kommunalen bzw. regionalen Gesundheitskonferenzen sein, also jener Einrichtungen sein, die sich vernetzt um Gesundheit kümmern. Wir werden künftig weniger Kinder haben. Daher können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, diese wenigen Kinder auch noch krank groß werden zu lassen.

3.4 Generationen übergreifendes Familienleben betonen

Wer künftig noch von Senioren-, Kinder-, Jugend-, Frauen- oder Familienpolitik spricht, teilt ein Politikfeld auf, das künftig in einer umfassenden Ganzheit gesehen werden muss: Generationenpolitik. Wer Frauenförderung (häufig unter dem Begriff Gleichstellungspolitik einseitig verstanden) betreibt, verkennt, dass in der Kinder- und Jugendgeneration von heute Jungen benachteiligt sind und dringend einer Förderung bedürfen. Denn Jungen sind heute mehrheitlich auf Sonder- und Hauptschulen, Jungen sind vornehmlich „Kunden“ der Erziehungshilfeangebote und Jungen sind gesundheitlich auffälliger. Wer Kinderpolitik zurecht anmahnt, übersieht, dass ab 2030 Menschen über 50 Jahren die Mehrheit in der Bevölkerung darstellen, so dass Parteien wie die „Grauen Panther“ den Bundeskanzler stellen könnten. Wer Seniorenpolitik in den Vordergrund drängt, weil gerade Pflege und Betreuung der älteren Menschen zu einem Schwerpunktthema gehört, der übersieht, dass sie von Jüngeren gepflegt werden müssen, die sich und ihre Interessen auch wiederfinden wollen.

Kampf der Generationen oder Generationenpakt?

Es steht ein Paradigmenwechsel an, der in aller erster Linie in den Köpfen der Menschen stattfinden muss. Doch dies kann nur gelingen, wenn er auch in den Köpfen der kommunalpolitischen Entscheider vollzogen wird. Dies ist ein wichtiges Diskussionsthema, das partei- und fraktionsintern, auf kommunalpolitischer, aber auch auf kommunalgesellschaftlicher Ebene nachhaltig diskutiert werden muss. Das Generationen übergreifende Miteinander steht im Mittelpunkt, ohne dass die gezielte Förderung einzelner Generationen, so zum Beispiel der männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aus dem Blickfeld gerät.

Paradigmenwechsel – Diskussionsforen organisieren, um Mentalitätswechsel herbei zu führen

3.5 Migranten integrieren

Sieben Millionen Menschen leben in Deutschland, die keinen deutschen Pass besitzen. Weitere sieben Millionen Menschen sind zwar deutsche Staatsangehörige, sind aber im Laufe ihres Lebens zugewandert oder haben Eltern, die zugewandert sind. 14 Millionen Menschen haben also in unserer Gesellschaft einen so genannten Migrationshintergrund. Das sind 17 Prozent. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen sind zwei Millionen Menschen Ausländer, weitere zwei Millionen deutsche Staatsbürger, aber mit nicht-deutscher Kulturidentität. Im bevölkerungsreichsten Bundesland sind 23,5 Prozent zugewandert.

Statistisch gesehen leben doppelt so viele Migranten wie Ausländer in Ihrer Stadt

Wanderungsbewegungen hat es in der Geschichte immer gegeben und wird es auch künftig geben. Die Herausforderung lautet, diese Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren sowie den Wanderungsprozess aktiv zu steuern. Die in den letzten 40 Jahren genutzten Instrumente haben nachhaltig versagt, wenn man die Ergebnisse der PISA-Studie heranzieht oder schaut, wie hoch die Anteile der Migranten zum Beispiel unter den Insassen in den Justizvollzugsanstalten sind. Es mangelt an einer konzeptionell überzeugenden und nachhaltigen kommunalen Integrationspolitik.

Wanderungen wird es auch künftig geben: Integration wird zur kommunalpolitischen Daueraufgabe

Fordern und fördern lautet die kommunalpolitische Devise

Suchen Sie den Kontakt zu den Migranten in Ihrer Stadt. Auch sie sind organisiert – in Moschee- oder Kultur- oder Sportvereinen. Integration wurde nicht selten als Anpassung missverstanden, weniger als Bereicherung durch Vielfalt. Es ist Aufgabe der Kommunalpolitik, hier ein Klima zu schaffen, das von Offenheit, Klarheit und Transparenz geprägt ist. Nur eines muss auch klar sein: Es darf von jedem erwartet werden, dass er die deutsche Sprache erlernt!

3.6 Armut nachhaltig bekämpfen

Wer ist „arm“ und was macht arm?

Als „arm“ gilt, wer im Monat über weniger Einkommen als der Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügt. Danach wird es immer „Arme“ geben. Es würde schon Sinn machen, diese Definition so zu ändern, dass auch Erfolge spürbar werden. Dennoch gehen auch wir hier von dieser allgemein gewählten Definition aus. Denn hiervon sind – so die Statistik und der Armutsbericht der Bundesregierung – insbesondere Familien mit einem allein erziehenden Elternteil und Familien mit mehr als drei Kindern betroffen. Kinder sind ein Armutsrisiko in Deutschland. Das muss zu denken geben. Waren deshalb im Jahr 2002 rund 57 Prozent aller 30- bis 34-jährigen Männer und rund 37 Prozent aller 30- bis 34-jährigen Frauen kinderlos? Wenn dann noch Behinderungen oder andere Schicksale hinzukommen, werden Not und Verzweiflung noch größer. Denn: Wer hilft?

Geld allein als Instrument, die Armut zu überwinden, reicht nicht

Finanziell arme Menschen wurden in der Vergangenheit zum Sozialamt geschickt, heute auch zur ARGE. Es blieb ihnen überlassen, Wege zu finden, ihr Selbstwertgefühl und das ihrer Kinder positiv zu fördern. Die Gesellschaft fand auf dieses Phänomen auch nur das „Geld“ als Instrument der Hilfe. Dabei war die Sozialhilfe als „Hilfe für den Lebensunterhalt“ ursprünglich als Notfallhilfe konzipiert worden. Ziel sollte es sein, den Menschen Wege zu weisen, aus dieser Notsituation wieder heraus zu kommen. Doch die Zahl der Sozialhilfeempfänger wurde immer größer, und ebenso die Selbstverständlichkeit, mit der inzwischen die dritte Generation von dieser Notfallhilfe lebt. Doch obwohl das Konzept fehlschlug, wurde es nicht geändert. Es mangelte an Perspektiven für den einzelnen Menschen in seiner individuellen Lebenssituation. Kommunalpolitisches Ziel muss es sein, diesen Menschen Perspektiven zu vermitteln und jene Hilfen an die Hand zu geben, diese Perspektiven auch tatsächlich umzusetzen.

Kommunalpolitische Aufgabe: Menschen eine Perspektive vor Ort zu vermitteln

Hartz IV hat bereits erreicht, dass diese Hilfe als Rechtsanspruch betrachtet wird, an dem nicht der Makel der Sozialhilfe hängt. Viele, die sich schämten, die Schwelle des Sozialamtes zu betreten, haben diese Scham nun nicht mehr (ein Phänomen, das auch bei der Grundsicherung spürbar wurde). Die erheblichen Mehrausgaben bei Hartz IV rühren auch daher. Doch damit ist das Problem nicht gelöst, diesen Menschen wieder eine Perspektive als brauchbares Mitglied der

kommunalen Gesellschaft zu vermitteln. Wie und wofür können wir diesen Menschen zeigen, dass sie gebraucht werden? Die demo-

graphisch bedingte Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials macht es schlichtweg notwendig, dieses Thema nachhaltig anzupacken. Das wird Ihre Aufgabe sein, nicht zuletzt, auch um Konflikte wie sie in Frankreich in den ersten Novembertagen 2005 auftraten nachhaltig zu vermeiden. Eine Idee könnte ein Projektteam sein, das mit unterschiedlichen Kräften besetzt, individuell den Menschen vor Ort Hilfen anbietet. Ziel dabei sollte es sein, Erfolgserlebnisse möglich zu machen, um das Selbstwertgefühl wieder aufzubauen.

Bestechend ist noch immer die Idee, die das Unternehmen Maatwerk in vielen Kommunen erfolgreich umgesetzt hat. Eine sehr persönliche, auf die jeweiligen Stärken der arbeitslosen, meist Sozialhilfe empfangenden Menschen abgestellte Beratung und Begleitung. Dabei sind gemeinsam Lösungen für die Lebensprobleme erarbeitet worden, die eine bisherige Arbeitsaufnahme behindert haben. Danach sind Unternehmen angesprochen worden, die ein bestimmtes Stärkenprofil als Arbeitskraft brauchten und die Menschen wurden noch ein halbes Jahr nach der Arbeitsaufnahme weiter „gecoacht“. Maatwerk erhielt erst dann seine Provision. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat dieses Projekt für die Kommunen als nicht mehr interessant erscheinen lassen. Doch die Idee bleibt weiter aktuell, denn die Lebenswirklichkeiten der Betroffenen haben sich nicht verändert.

3.7 Freiwilliges Engagement stärken, fordern und fördern

Kommunale Politik wird Menschen, die sich in der jeweiligen Kommune freiwillig engagieren, stärker beachten müssen. Denn das kommunale Leben gestaltet sich in vielfältiger Weise erst durch dieses Engagement, macht es lebens- und liebenswert. Gerade wenn unter dem Druck der finanziellen Rahmenbedingungen Leistungen und Infrastrukturangebote fort fallen, braucht es die Akzeptanz und das Einverständnis dieser Multiplikatoren. Das wird nicht immer gelingen. Doch das ernsthafte Bemühen findet hohe Anerkennung.

Multiplikatoren gewinnen: erhöht die Akzeptanz notwendiger Veränderungen

Es werden zudem vielfältige kommunale Aufgaben von der hauptamtlichen Seite auf die freiwillige Ebene verlagert werden. Da ist die Büchereizweigstelle, die nicht mehr offen gehalten werden kann, es sei denn, das Personal wird ehrenamtlich rekrutiert. Da ist die Pflege der öffentlichen Grünanlagen, die nicht städtisch erfolgt. Doch der Verwahrlosung werden „Grünpaten“ entgegen gesetzt. Diese Liste ließe sich fortsetzen. So ist es wichtig, diese Menschen zu pflegen, sie in ihrem Engagement zu unterstützen. Das wiederum gelingt nicht zum Nulltarif. Es bedarf hier einer Struktur, die als Anlauf- und Informationsstelle, als Qualifizierungs- und Förderungseinheit dient. Kommunalpolitisches Ziel sollte es sein, in Ihrer Stadt das Potenzial des freiwilligen Engagements in einem höchstmöglichen Grad auszuschöpfen.

Kommunale Aufgabenwahrnehmung durch Freiwillige

Tipp:

Beschreiben Sie nüchtern an Hand der kommunalen Daten die Situation vor Ort. Wie steht es um Ihre Bemühungen, den demographischen Wandel in Ihrer Kommune zu gestalten? Wie ist der Sachstand im Hinblick auf Integration, Armut und freiwilligem Engagement? Wie wird bei Ihnen Generationenpolitik derzeit mit Leben gefüllt? Wie könnten lokale Bemühungen um die Themenfelder Arbeit und Gesundheit initiiert werden, wie ist der derzeitige Ausgangspunkt zu beschreiben? Dann vergleichen Sie diese Faktenlage mit Ihren parteipolitischen Zielsetzungen, setzen Prioritäten und definieren Handlungsziele.

4. Qualität der Demokratie misst sich an der Sozialpolitik

Menschen müssen sich mit ihrer Stadt, in der sie leben, identifizieren. Tun sie dies, dann fühlen sie sich nicht nur wohl, sondern leisten auch aktive Beiträge, das dies so bleibt – für sich und andere. Identifikation wird erzielt durch Beteiligung sowie Lösung der wahrgenommenen Probleme. Es macht und hat Sinn, hier zu leben und zu wirken. Wenn das Miteinander allerdings gestört ist, wenn die sozialen Probleme ohne Lösung bleiben, dann gerät auch die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt in Gefahr. Dies drückt sich wiederum in Wahlen aus: durch Nicht-Teilnahme am Wahlgang oder durch Wahl einer Protestbewegung.

Sinnstiftung der Kommunalpolitik für die Demokratie

Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in Deutschland bewegt sich in der Regel zwischen 50 und 60 Prozent. Müssen Stichwahlen durchgeführt werden, zum Beispiel um den Landrat oder den Bürgermeister zu wählen, dann rutscht die Wahlbeteiligung auf rund 40 Prozent ab. Ist es den Menschen egal, wer die Geschicke einer Stadt leitet? Oder erwarten sie keinen sicht- und spürbaren Unterschied in der Amtsführung? Oder haben sie sich längst abgewandt von der Demokratie, weil sie für sich und ihre Lebenswirklichkeit keine Perspektive sehen?

Geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen

Wie einfach haben es dann Rattenfänger und Populisten? Wir denken an Ronald Schill, der mit seiner ‚Partei der Rechtstaatlichen Offensive‘ in Hamburg aus dem Stand 19 Prozent der Wählerstimmen erzielte, um dann bei der darauf folgenden Wahl wieder in der Versenkung zu verschwinden. Demokratie heißt zwar, die Freiheit der Wahl zu haben, heißt aber auch, Fehler wieder ausbügeln zu dürfen. Nur, wenn sich in der Substanz der Politik für die eigene Lebensperspektive trotz gewählter Alternativen nichts ändert, wenden sich Menschen ab. Hierfür sind die sozialpolitischen Themenfelder entscheidend, weniger, welcher Popstar in der Stadt ein Konzert gibt oder welche Straße gerade gebaut wird.

Einfaches Spiel für Populisten

Der Umgang mit Minderheiten – Migranten, Menschen mit Behinderungen – prägt das Klima einer Stadt. Die hohe gesellschaftliche Anerkennung der Menschen, die sich in ihrer Stadt und für sie engagieren, verstärkt das positive gesellschaftliche Miteinander in Ihrer Kommune. Die Wahrnehmung, Analyse und Lösung der sozialpolitischen Probleme sowie die kommunalpolitische Diskussion darüber wirkt identifizierend und Sinn stiftend für das demokratische Leben in Ihrer Kommune. Es kommt nicht darauf an, alles Wünschbare zu machen, zumal dies – das wissen alle – nicht finanzierbar ist. Doch es kommt darauf an, nachhaltig mehr zu machen als das unbedingt Notwendige. Dieses Bemühen und der sichtbare sowie schrittweise Erfolg wirken der Resignation und Mutlosigkeit entgegen, mobilisiert Freiwilligenpotenziale und signalisiert, dass sich Handeln lohnt. Niemand ist dankbarer als ein Mensch, dem geholfen wurde.

Den Menschen in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik stellen

Tipp:

Jeder arbeitslose Mensch darf bis zu 15 Stunden wöchentlich arbeiten, ohne dass ihm seine Bezüge gekürzt werden. Schaffen Sie Gelegenheiten dafür – im Verbund mit vielen kommunalpolitisch relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Bilden Sie zum Beispiel einen Finanzpool, aus dem das finanziert werden könnte. Das signalisiert diesen Menschen immerhin einen Wert. Und auch das wird neben dem Arbeitslosengeld gebraucht.